GOÄ

Kennen Sie die „Abweichende Vereinbarung“?

Generell sind in der GOÄ die Gebührensätze für alle Behandlungen festgelegt. Allerdings sieht sie auch eine abweichende Vereinbarung vor, mit der sich nach Absprache mit dem Patienten höher Honorare erzielen lassen.

Was ist eine „Abweichende Vereinbarung“? Diese Frage wird sich mancher Vertragsarzt stellen, der bisher nie in den Paragrafen teil der GOÄ geschaut hat. Dabei bietet die abweichende Vereinbarung die Möglichkeit, mit dem Patienten eine beiderseitige Übereinkunft über ein Honorar auch jenseits der üblichen maximalen Steigerungsfaktoren der GOÄ (1,3, 2,5 und 3,5) zu treffen. Näheres dazu regelt der § 2 der GOÄ.

Grundsätzlich erlaubt eine abweichende Vereinbarung eine nach oben nicht begrenzte Gebührenhöhe. Nicht erlaubt sind aber eine Abweichung von der festgesetzten Punktzahl der jeweiligen Leistungsbewertung (§ 5 Abs. 1 Satz 2 GOÄ) oder eine Änderung des Punkt-

wertes, der gemäß des § 5 Abs. 1 Satz 2 GOÄ bei 5,82873 Cent liegt. Nach § 5 Abs. 1 bemisst sich die Gebühr für eine erbrachte Leistung aus dem Produkt:

$$\text{Punktzahl} \times \text{Punktwert} \times \text{Steigerungsfaktor} = \text{Gebührenhöhe}$$

Damit bleibt allein die Variabilität des Steigerungssatzes übrig, der bei einer abweichenden Vereinbarung nach § 2 Abs. 1 prinzipiell unbegrenzt erhöht werden kann.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen von der Möglichkeit einer abweichenden Vereinbarung sind nach den Vorgaben der GOÄ unter anderem Notfall- und akute Schmerzbehandlungen (§ 2 Abs. 1 Satz 4 GOÄ), auch um damit keine Notlage ausnützen zu können oder unnötige Zeitverzögerungen hervorzurufen. Außerdem von einer abweichenden Vereinbarung ausgeschlossen sind:

- Leistungen nach § 5a GOÄ (Schwangerschaftsabbruch gemäß § 218a Abs. 1 StGB) und
- Leistungen nach den Abschnitten A, E, M und O der GOÄ (§ 2 Abs. 3 GOÄ).
 - Abschnitt A: Gebühren in besonderen Fällen („nicht persönliche Leistungen“)
 - Abschnitt E: Physikalisch-medizinische Leistungen
 - Abschnitt M: Laboratoriumsuntersuchungen
 - Abschnitt O: Radiologie, Strahlentherapie, Nuklearmedizin

Voraussetzungen für eine abweichende Vereinbarung

Zwingend erforderlich ist, dass der Inhalt einer abweichenden Vereinbarung individuell durch eine persönliche Absprache zwischen Arzt und Zahlungspflichtigem getroffen wird. Eine Absprache allein zwischen Mitarbeiter und Patient ist nicht erlaubt. Im Rahmen der wirtschaftlichen Aufklärung ist darauf hinzuweisen, dass die Kosten vermutlich nicht von der Krankenversicherung übernommen werden. Die persönliche Absprache muss vor Beginn der Behandlung erfolgen und schriftlich festgehalten werden, einschließlich Kostenübernahmehinweis. Eine Kopie der unterschriebenen Vereinbarung muss dem Zahlungspflichtigen vor Therapiebeginn ausgehändigt werden. Außer der entsprechenden GOÄ-Nummer inklusive der Leistungsbeschreibung müssen aus der Vereinbarung ebenfalls der vereinbarte Steigerungssatz und die dadurch errechnete Honorarhöhe hervorgehen. Demzufolge muss jede einzelne Leistungsposition benannt werden, für die diese Vereinbarung gelten soll. Folglich verbietet sich eine entsprechende Vereinbarung pauschal für die gesamte GOÄ-Behandlung. Auch eine nur mündlich abgeschlossene Vereinbarung ist nicht gültig und das Honorar letztlich nicht einklagbar.

Selbstzahlerleistungen

Was in der Regelversorgung möglich ist, gilt ebenso bei Selbstzahlerleistungen. Hier besteht die Möglichkeit, juristisch korrekt ein der Leistung angemessenes Honorar zu erreichen. Sowohl ein Behandlungsvertrag als auch eine schriftliche Kostenaufstellung sollten auch in diesem Bereich zur Selbstverständlichkeit gehören.

Dr. med. Heiner Pasch